

1 **Thema: Arbeit**

2 **Arbeit: Eine gerechte und zukunftsfähige Beschäftigungspolitik für alle**

3 In vielen Städten und Landkreisen in Nordrhein-Westfalen gibt es große Probleme auf dem
4 Arbeitsmarkt. Neoliberale Politik und der wirtschaftliche Strukturwandel haben ihre Spuren
5 hinterlassen. Besonders in industriellen Regionen hat es einen massiven Arbeitsplatzabbau
6 gegeben, der immer noch anhält. Das belastet die Kommunen und schränkt ihre
7 Handlungsfähigkeit ein. Die kommunale Selbstverwaltung und die Politik im Interesse der
8 Bürger:innen werden dadurch infrage gestellt.

9 Wir setzen uns für Arbeitsplätze ein, die den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht werden.
10 Wir brauchen Jobs, die unbefristet sind, Existenzsicherheit bieten, sozial abgesichert sind,
11 tariflich entlohnt werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

12 Dafür müssen öffentliche Investitionen in soziale Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Verkehr und
13 Infrastruktur gesteigert werden. Auch der öffentliche Dienst muss ausgebaut werden.

14 **Für eine fortschrittliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auf kommunaler Ebene**

15 In den vergangenen Jahren wurden in vielen kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen
16 trotz wachsender Aufgaben viele Stellen abgebaut. Dies hat zu einer Überlastung des
17 Öffentlichen Dienstes geführt, hohe Krankenstände verursacht und die Qualität der
18 Daseinsvorsorge verschlechtert. Zudem ist Fachwissen in den Verwaltungen verloren gegangen.
19 Gleichzeitig ist die Abhängigkeit von teuren externen Dienstleistern und Beratern gewachsen,
20 besonders bei Bau- und Infrastrukturprojekten.

21 Eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge und der Ausbau kommunaler Einrichtungen erfordern
22 einen klaren Kurswechsel in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Deshalb setzen wir
23 uns für folgende Maßnahmen ein:

- 24 - Kein weiterer Stellenabbau im Öffentlichen Dienst
- 25 - Unbefristete Übernahme von Auszubildenden
- 26 - Unbefristete Arbeitsverträge für alle im öffentlichen Dienst
- 27 - Einführung kommunaler Personalentwicklungs- und -aufbaupläne
- 28 - Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- 29 - Ausbau kommunaler Eigenbetriebe für die öffentliche Daseinsvorsorge
- 30 - Stopp aller Ausgliederungen öffentlicher Aufgaben an private Dienstleister
- 31 - Keine Vergabe öffentlicher Aufträge ohne klare soziale und ökologische Vorgaben
32 (Tarifbindung, faire Lieferketten, Umweltstandards)
- 33 - Entwicklung kommunaler Stadtwerke und Energieversorger zu Vorreitern regenerativer,
34 dezentraler Energieerzeugung und Dienstleistern für lokale Energiegenossenschaften

35 **Fortschrittliche Kommunalpolitik heißt: Gute Arbeit durch öffentliche Förderung**

36 Trotz der gestiegenen Beschäftigungsquoten bleibt die Zahl der Langzeiterwerbslosen in vielen
37 Regionen hoch. Der Arbeitsmarkt kann das Problem nicht lösen. Die bisherigen Maßnahmen des
38 Bürgergeldsystems, wie Ein-Euro-Jobs oder Weiterbildungsprogramme, haben den Betroffenen
39 wenig geholfen. Diese „Arbeitsmarktinstrumente“ sind gescheitert und demütigend. Sie müssen
40 abgeschafft werden.

41 Besonders junge Menschen ohne Berufsausbildung und ältere Arbeitslose in strukturschwachen
42 Regionen brauchen neue Perspektiven. Statt sie weiterhin auf den Arbeitsmarkt zu verweisen,

43 müssen die Städte und Landkreise sozialpolitische Verantwortung übernehmen und
44 Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen – vor allem in kommunalen Einrichtungen und durch
45 spezielle Beschäftigungsträger. Diese Beschäftigung muss durch öffentliche Mittel und
46 Förderprogramme finanziert werden.

47 Für uns als Linke sind unbefristete, sozialversicherte Arbeitsverhältnisse, tarifliche Entlohnung
48 und die Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung zentrale Bedingungen für gute Arbeit.
49 Langzeiterwerbslosen dürfen keine prekären Beschäftigungsverhältnisse zugemutet werden.
50 Arbeitsverhältnisse, die keine Arbeitslosenversicherung bieten, müssen verbessert und rechtlich
51 auf das Niveau regulärer Arbeitsverhältnisse angehoben werden.

52 **Unsere Forderungen: Gute Arbeitsbedingungen durch öffentlich geförderte Beschäftigung**

- 53 - Die angebotene Beschäftigung muss freiwillig sein und darf nicht zwangsweise vom
54 Jobcenter zugewiesen werden.
- 55 - Beschäftigung im öffentlichen Dienst muss unbefristet sein. Befristungen sind nur in
56 Ausnahmefällen zulässig.
- 57 - Die Beschäftigung muss tarifgebunden und fair entlohnt werden.
- 58 - Es muss Anspruch auf bezahlte Weiterbildungen und Qualifikationen geben.
- 59 - Unterstützung für die Beschäftigten, wie z.B. Kinderbetreuung, psychologische Hilfe oder
60 Arbeitsassistenten für Menschen mit Behinderungen, muss garantiert werden.
- 61 - Es muss Unterstützung bei der Suche nach anderen Arbeitsplätzen geben.
- 62 - Beschäftigte dürfen keine Sanktionen fürchten, wenn sie eine geförderte Stelle beenden.

63 **Öffentliche Beschäftigung im sozialen Bereich ausbauen**

64 Wir fordern den Ausbau von Stadtteilzentren in benachteiligten Stadtteilen. Dort sollen soziale,
65 technische und handwerkliche Dienstleistungen angeboten werden, die sich Erwerbslose und
66 Geringverdienende auf dem „freien“ Markt nicht leisten können. Diese Angebote müssen durch
67 öffentlich geförderte Beschäftigung geschaffen werden.

68 Zudem setzen wir uns für mehr Unterstützung für ältere Menschen und Menschen mit
69 Behinderungen im Alltag ein. Die Städte sollen Angebote zur Begleitung und Hilfe entwickeln, die
70 diese Gruppen unterstützen.

71 Die Linke fordert eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht den Markt, sondern die Menschen in den
72 Mittelpunkt stellt. Beschäftigung muss den sozialen und ökologischen Bedürfnissen der
73 Gesellschaft dienen, und nicht den Profitinteressen einiger weniger.